

# LIECHTENSTEINISCHES WIRTSCHAFTSRECHT

MARXER & PARTNER RECHTSANWÄLTE



LIECHTENSTEIN  
VERLAG



---

# LIECHTENSTEINISCHES WIRTSCHAFTSRECHT

MARXER & PARTNER RECHTSANWÄLTE

Peter Marxer  
Herbert Oberhuber  
Karl Josef Hier  
Johannes M. Burger  
Heinz Grabher  
Peter Marxer jun.  
Robert Schneider  
Michael Grabher  
Jesús Cortés  
Michael Oberhuber  
Christoph Huber  
Stefan Wenaweser  
Markus Summer  
Doris Furtner  
Armin Dobler  
Mario A. König  
Jochen Schreiber  
Florian Marxer



LIECHTENSTEIN  
VERLAG

**Zitiervorschlag:**

MARXER & PARTNER, Wirtschaftsrecht [Seite]

**Stand der Bearbeitung:**

1. Oktober 2009 (LGBI. 2009/253)

**Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme**

Marxer & Partner:

Liechtensteinisches Wirtschaftsrecht

Vaduz: Liechtenstein-Verlag, 2009

ISBN 978-3-905762-04-4

Vormals:

Marxer & Partner,

Gesellschaften und Steuern in Liechtenstein.

Mit einer Darstellung wichtiger Bereiche des liechtensteinischen Rechts,

11. Aufl. 2003

© 2009 bei Liechtenstein Verlag, Vaduz/Liechtenstein

© des gesamten Inhalts bei Marxer & Partner Rechtsanwälte

Gestaltung/Satz:

Ivana Djuric

GMG Media AG, Schaan 2009

Druck: Hilty Buch- u. Offsetdruckerei, Schaan/Liechtenstein

Printed in Liechtenstein

ISBN 978-3-905762-04-4

## VORWORT

Im Jahr 1968, somit vor über 40 Jahren, veröffentlichte unsere Kanzlei erstmals einen „Leitfaden zur Unternehmensgründung in Liechtenstein“. 1982 wurde der Titel in „Gesellschaften und Steuern in Liechtenstein“ umgeändert, mit der 8. Auflage 1991 wurde der Untertitel „Mit einer Darstellung wichtiger Bereiche des liechtensteinischen Rechts“ angefügt. Das Buch wurde stets umfangreicher, immer mehr Rechtsgebiete wurden aufgenommen, sodass das Gesellschafts- und Steuerrecht in der 11. Auflage 2003 schliesslich die Hälfte des ganzen Textes ausmachte. Eine erneute Umbenennung des Buchtitels war daher angezeigt. Wir haben uns somit entschlossen, unser Kanzleibuch von nun an „Liechtensteinisches Wirtschaftsrecht“ zu nennen. Dieser Titel ist zum einen kurz und prägnant, zum anderen spiegelt er das breite Feld der behandelten Rechtsmaterien wider.

Das vorliegende Buch baut auf der 11. Auflage von „Gesellschaften und Steuern“ aus dem Jahr 2003 auf, ist aber deutlich erweitert und verbessert worden. Zum einen sind neue Kapitel hinzugekommen, etwa zum Marktmissbrauchsrecht, zum Übernahmerecht und zum Recht der Vermögensverwaltungsgesellschaften, zum anderen wurden die Kapitel zu den bereits bislang behandelten Rechtsgebieten neu verfasst und zum Grossteil erheblich ausgeweitet. Der Schwerpunkt liegt weiterhin auf der Behandlung des Gesellschafts-, Stiftungs- und Trustrechts. Neu ist ein Stichwortverzeichnis sowie ein Abschnitt über die Arbeit mit dem liechtensteinischen Recht, insbesondere in Bezug auf die neuen internetbasierten Informationsquellen. Wie bisher handelt es sich freilich nicht um ein umfassendes wissenschaftliches Werk; wir haben versucht, dem Leser einen kurzen und doch nützlichen Überblick über das liechtensteinische Wirtschaftsrecht zu geben. Für weiterführende Studien ist am Ende jedes Kapitels eine Literaturliste abgedruckt. Zudem wurden zahlreiche Verweise auf Grundsatzurteile und Websites von Behörden aufgenommen.

Das Buch ist auf dem Stand vom 1. Oktober 2009; das seit dem 1. März 2009 geltende neue Sorgfaltspflichtgesetz und die am 1. April 2009 in Kraft getretene Totalrevision des Stiftungsrechts sind somit voll berücksichtigt. Ab dem Steuerjahr 2011 soll Liechtenstein ein neues Steuergesetz erhalten. Da dieses zum Zeitpunkt der Manuskriptabgabe erst als Entwurf vorlag und noch keine Regierungsvorlage eingebracht war, beziehen sich die steuerrechtlichen Ausführungen noch auf die Rechtslage von 2009. Die Grundzüge des neuen Steuerrechts werden aber in einem eigenen Unterkapitel dargelegt. Lediglich angekündigt, aber noch nicht veröffentlicht ist ferner der Entwurf einer Reform des Trustrechts.

In jüngster Zeit ist Liechtenstein immer wieder negativ in die Schlagzeilen geraten. Es wird dem Land vorgeworfen, ein unregulierter Finanzplatz zu sein. Dieser Vorwurf geht vollkommen an den Tatsachen vorbei. Liechtenstein hat als Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums sämtliche europäischen Rechtsakte im Bereich des Finanzmarktrechts umgesetzt und erfüllt somit zur Gänze die aufsichtsrechtlichen Standards der

EU, einschliesslich der Gewährung von Amtshilfe zwischen den Aufsichtsbehörden. Die gesetzlichen Grundlagen auf dem Gebiet der Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung genügen höchsten europäischen und internationalen Standards. So hat Liechtenstein die 3. EU-Geldwäschereirichtlinie voll implementiert.

In Steuersachen hat sich die Regierung zum Informationsaustausch auf Anfrage bekannt, wie er in Art. 26 des OECD-Musterabkommens festgelegt ist. Ein Informationsaustausch in Steuersachen kann jedoch nur auf der Grundlage eines Staatsvertrags erfolgen. So wurde mit den USA im Dezember 2008, mit Grossbritannien im August 2009 und mit Deutschland sowie Frankreich im September 2009 ein Steuerinformationsabkommen (TIEA) abgeschlossen, mit Luxemburg wurde im August 2009 ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Alle Abkommen werden 2010 in Kraft treten, weitere werden folgen. Auch das neue Betrugsbekämpfungsabkommen mit der EU soll den OECD-Standard erfüllen und einen Informationsaustausch auf Anfrage vorsehen, nicht jedoch einen automatischen Informationsaustausch. Liechtenstein wird den Schutz der Privatsphäre weiterhin verteidigen: Der „gläserne Mensch“ ist abzulehnen.

Im Unterschied zu vielen anderen Staaten hat sich Liechtenstein in der aktuellen Finanzkrise als Oase der Stabilität bewährt: Keine einzige liechtensteinische Bank musste mit Staatsgeldern über Wasser gehalten werden, die andernorts grassierenden Exzesse bei Managerlöhnen sind ausgeblieben. Das Land hat bisher stets allzu interventionistischen Tendenzen widerstanden und wird dies auch in Zukunft tun. Liechtenstein ist als Zoll- und Währungsvertragspartner der Schweiz und als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes, welcher die vier Grundfreiheiten auf Liechtenstein ausdehnt, in einer sehr guten Lage, den vielfältigen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

Wir hoffen, Ihnen mit dem vorliegenden Buch ein nützliches Utensil zur Erlangung eines Überblicks über das liechtensteinische Wirtschaftsrecht zur Verfügung stellen zu können. Einige Kapitel werden in Bälde auf Englisch übersetzt werden. Bitte teilen Sie uns allfällige Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge jederzeit mit. Schliesslich bedanken wir uns beim Liechtenstein-Verlag, insbesondere bei Frau Ivana Djuric, BA herzlich für die gute Zusammenarbeit. Gedankt sei auch unserem Bibliothekar Mag. Mario Andriollo für seine wertvolle Mitarbeit.

Vaduz, im Oktober 2009

Marxer & Partner Rechtsanwälte  
[www.marxerpartner.com](http://www.marxerpartner.com)

## INHALTSVERZEICHNIS

1. Grundlagen	1
1.1. Arbeit mit dem liechtensteinischen Recht	3
1.1.1. Rechtsvorschriften	3
1.1.2. Judikatur und Praxis der Verwaltungsbehörden	5
1.1.3. Literatur	6
1.2. Staatsrechtliche Grundlagen	7
1.2.1. Politische Geschichte	7
1.2.2. Die Landesverfassung	7
1.2.3. Die Staatsorgane	8
1.2.4. Aussenpolitik	11
1.2.5. Beziehungen mit der Schweiz	12
1.2.6. Statistische Eckdaten	13
1.3. Liechtenstein und der Europäische Wirtschaftsraum	15
1.3.1. Entwicklung	15
1.3.2. Materieller Geltungsbereich des EWR-Abkommens	16
1.3.3. Die vier Grundfreiheiten	18
1.3.4. Wettbewerbsrecht und Beihilfeverbot	20
1.3.5. Institutionen des EWR	22
1.3.6. Schengen und Dublin	25
1.4. Geschichte des liechtensteinischen Privatrechts	28
1.4.1. Bis 1900	28
1.4.2. Von 1900 bis 1990	28
1.4.3. Seit 1990	29
2. Gesellschaftsrecht	33
2.1. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	35
2.1.1. Gesellschaftsrechtsgeschichte	35
2.1.2. Das Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR)	37
2.1.3. Holdinggesellschaften und Sitzunternehmen	40
2.1.4. Das Öffentlichkeitsregister	43
2.2. Die Aktiengesellschaft	46
2.2.1. Begriff und Rechtsnatur	46
2.2.2. Errichtung	46
2.2.3. Die Aktie	49

2.2.4.	Vinkulierung und Aktionärbindungsverträge	52
2.2.5.	Aktienkapital	54
2.2.6.	Haftung und Verantwortlichkeit	56
2.2.7.	Organisation der AG	57
2.2.8.	Zweigniederlassungen	62
2.2.9.	Rechnungslegung	63
2.2.10.	Umstrukturierungen	66
2.2.11.	Beendigung der AG	67
2.3.	Die Anstalt	69
2.3.1.	Begriff und Rechtsnatur	69
2.3.2.	Gemeinnützige Anstalten	71
2.3.3.	Errichtung	71
2.3.4.	Haftung, Verantwortlichkeit und Zwangsvollstreckung	73
2.3.5.	Organisation und Beteiligte der Anstalt	75
2.3.6.	Rechnungslegung	79
2.3.7.	Beendigung der Anstalt	81
2.4.	Die Stiftung	82
2.4.1.	Grundlagen	82
2.4.2.	Erscheinungsformen (Stiftungszweck)	85
2.4.3.	Stiftungserrichtung	86
2.4.4.	Stifter und Stifterrechte	91
2.4.5.	Der Stiftungsrat	95
2.4.6.	Die Revisionsstelle	97
2.4.7.	Das Kontrollorgan und übrige Organe	99
2.4.8.	Der Repräsentant	100
2.4.9.	Die Begünstigten	101
2.4.10.	Foundation Governance (Stiftungsaufsicht)	104
2.4.11.	Stiftung und Erbrecht	105
2.4.12.	Stiftung und Asset Protection	106
2.4.13.	Rechnungswesen	108
2.4.14.	Steuern und Gebühren	109
2.4.15.	Beendigung	110
2.4.16.	Übergangsbestimmungen	112
2.5.	Der Trust (die Treuhänderschaft)	116
2.5.1.	Begriff und Rechtsnatur	116
2.5.2.	Errichtung eines Trusts	117
2.5.3.	Beteiligte des Trusts	119
2.5.4.	Trustvermögen – Asset Protection	123
2.5.5.	Trustaufsicht	125

2.5.6.	Beendigung des Trusts	125
2.5.7.	Internationales Trustrecht	127
2.6.	Das Treuunternehmen (Trust reg.)	129
2.6.1.	Begriff und Rechtsnatur	129
2.6.2.	Errichtung eines Treuunternehmens	130
2.6.3.	Beteiligte	133
2.6.4.	Begünstigte	136
2.6.5.	Haftung und Asset Protection	140
2.6.6.	Rechnungslegung	142
2.6.7.	Beendigung	143
2.7.	Die Europäischen Gesellschaftsformen	145
2.7.1.	Grundlagen	145
2.7.2.	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung	146
2.7.3.	Societas Europaea	146
2.7.4.	Societas Cooperativa Europaea	148
2.8.	Internationales Gesellschaftsrecht	149
2.8.1.	Gesellschaftsstatut	149
2.8.2.	Anerkennung liechtensteinischer Rechtsträger im Ausland	151
2.8.3.	Sitzverlegung	153
3.	Steuerrecht	155
3.1.	Allgemeines zum Steuerrecht	157
3.1.1.	Geschichtlicher Abriss	157
3.1.2.	Rechtsquellen	157
3.2.	Die Vermögens- und Erwerbssteuer	161
3.2.1.	Steuersubjekte	161
3.2.2.	Steuergegenstand und Steuersätze	162
3.2.3.	Veranlagung und Entrichtung	163
3.2.4.	Rentnersteuer (Pauschalsteuer)	163
3.3.	Die Kapital- und Ertragssteuer	164
3.3.1.	Steuersubjekte	164
3.3.2.	Steuergegenstand und Steuersätze	164
3.3.3.	Veranlagung	165
3.4.	Besondere Gesellschaftssteuern	165

3.5.	Die Mehrwertsteuer	167
3.5.1.	Grundlagen und MWST-Satz	167
3.5.2.	Steuerpflicht	168
3.5.3.	Zuständigkeiten	169
3.6.	Die Couponsteuer	170
3.6.1.	Steuergegenstand	170
3.6.2.	Steuersatz und Veranlagung	171
3.7.	Die eidgenössischen Stempelabgaben	172
3.7.1.	Grundlagen	172
3.7.2.	Emissionsabgabe	173
3.7.3.	Umsatzabgabe	174
3.7.4.	Abgabe auf Versicherungsprämien	175
3.8.	Die Gründungs- oder Wertstempelgebühr	175
3.9.	EU-Zinsbesteuerung	176
3.9.1.	Grundlagen	176
3.9.2.	Anwendungsbereich des Abkommens	177
3.9.3.	Steuersatz und freiwillige Offenlegung	178
3.10.	Fiskalstrafrecht	179
3.10.1.	Straftatbestände	179
3.10.2.	Selbstanzeige und Verantwortlichkeit	180
3.11.	Rechts- und Amtshilfe in Fiskalsachen	181
3.11.1.	Grundlegendes	181
3.11.2.	Jüngste Tendenzen	181
3.11.3.	Rechtshilfe in Fiskalsachen	183
3.11.4.	Amtshilfe in Fiskalsachen	188
3.12.	Zur geplanten Totalrevision des Steuergesetzes	191
3.12.1.	Grundlagen	191
3.12.2.	Natürliche Personen	192
3.12.3.	Wirtschaftlich tätige juristische Personen	193
3.12.4.	Vermögensverwaltende Strukturen	193
3.12.5.	Steuerstrafrecht	196
4.	Sorgfaltspflichtrecht, Straf- und Rechtshilferecht	197
4.1.	Sorgfaltspflichtrecht	199
4.1.1.	Grundlagen	199
4.1.2.	Geltungsbereich	200

4.1.3.	Umfang der Sorgfaltspflichten	201
4.1.4.	Mitteilungspflicht an die FIU	206
4.1.5.	Behörden und Verfahren	207
4.2.	Wirtschaftsstrafrecht	208
4.2.1.	Materielles Strafrecht	208
4.2.2.	Strafprozessrecht	215
4.3.	Rechtshilfe in Strafsachen	218
4.3.1.	Grundlagen	218
4.3.2.	Auslieferung	219
4.3.3.	Rechtshilfehandlungen für das Ausland	220
4.3.4.	Internationale Sanktionen	225
5.	Finanzmarktrecht	227
5.1.	Integrierte Finanzmarktaufsicht	229
5.1.1.	Finanzmarktaufsicht Liechtenstein	229
5.1.2.	Stabsstelle Financial Intelligence Unit	230
5.2.	Bankenrecht	231
5.2.1.	Grundlagen	231
5.2.2.	Behörden und Aufsichtsrecht	233
5.2.3.	Anlegerschutz	235
5.2.4.	Bankgeheimnis	235
5.2.5.	Freier Niederlassungs- und Dienstleistungsverkehr im EWR	237
5.3.	Fondsrecht (Investmentunternehmensrecht)	238
5.3.1.	Grundlagen	238
5.3.2.	Rechtsform und Organe	239
5.3.3.	Anlagekategorien	241
5.3.4.	Bewilligungspflicht und laufende Aufsicht	242
5.3.5.	Anlegerschutz/Geheimnisschutz	244
5.3.6.	Verhältnis zu EWR-Mitgliedstaaten und zu Drittstaaten	245
5.4.	Versicherungsrecht	247
5.4.1.	Versicherungsaufsichtsrecht	247
5.4.2.	Versicherungsvertragsrecht	254
5.5.	Vermögensverwaltungsgesellschaften	258
5.5.1.	Regelungsbereich	258

5.5.2.	Bewilligung	259
5.5.3.	Laufende Aufsicht	261
5.5.4.	Anlegerschutz, Geheimhaltungspflicht	261
5.5.5.	Internationale Tätigkeit, Amtshilfe	262
5.6.	Börsenrecht (Wertpapiermarktrecht)	264
5.6.1.	Börsen in Liechtenstein	264
5.6.2.	Prospektrecht	264
5.6.3.	Offenlegungsrecht	266
5.6.4.	Übernahmerecht	268
5.6.5.	Marktmissbrauchsrecht	270
6.	Aspekte des Zivilrechts	275
6.1.	Schuldrecht	277
6.1.1.	Vertragsrecht	277
6.1.2.	Schadenersatzrecht	288
6.1.3.	Konsumentenschutzrecht	291
6.2.	Sachenrecht	295
6.2.1.	Grundlagen	295
6.2.2.	Eigentum	296
6.2.3.	Beschränkte dingliche Rechte	298
6.2.4.	Besitz und Grundbuch	305
6.3.	Personen- und Familienrecht	308
6.3.1.	Personenrecht	308
6.3.2.	Eherecht	310
6.3.3.	Kindschaftsrecht	313
6.3.4.	Vormundschaft, Sachwalterschaft und Kuratel	315
6.4.	Erbrecht	317
6.4.1.	Grundlagen	317
6.4.2.	Erbrechtstitel	318
6.4.3.	Pflichtteilsrecht	320
6.4.4.	Erbschaftserwerb	322
7.	Internationales Privatrecht	325
7.1.	Allgemeiner Teil des IPR	327
7.2.	Besonderer Teil des IPR	329
7.3.	Internationales Erbrecht	332

8.	Zivilgerichtliches Verfahrensrecht	335
8.1.	Zivilprozessrecht	337
8.1.1.	Streitiges Zivilverfahren	337
8.1.2.	Ausserstreitverfahren (Rechtsfürsorgeverfahren)	339
8.1.3.	Diverses	341
8.2.	Exekutionsrecht	343
8.2.1.	Zwangsvollstreckung i.e.S.	343
8.2.2.	Einstweilige Verfügungen	345
8.3.	Insolvenzrecht	348
8.3.1.	Konkurs	348
8.3.2.	Nachlassvertrag	355
8.4.	Schiedsgerichtsbarkeit	358
8.5.	Internationales Zivilprozessrecht	360
8.5.1.	Internationale Zuständigkeit	360
8.5.2.	Internationale Rechtshilfe in Zivilsachen	361
8.5.3.	Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsentscheide	362
9.	Weitere Rechtsgebiete	365
9.1.	Berufsrecht für Rechtsanwälte	367
9.1.1.	Voraussetzungen	367
9.1.2.	Rechtsanwalts-Sozietäten	370
9.1.3.	Anwaltliche Tätigkeit	370
9.1.4.	Liechtensteinische Rechtsanwaltskammer	373
9.1.5.	Exkurs: Treuhänder	373
9.2.	Immaterialgüterrecht	375
9.2.1.	Patente	375
9.2.2.	Marken und Herkunftsangaben	377
9.2.3.	Designs	379
9.2.4.	Urheberrecht und verwandte Schutzrechte	380
9.3.	Grundverkehrsrecht	382
9.4.	Staatsbürgerschaftsrecht	384
9.4.1.	Grundlagen	384
9.4.2.	Erwerb	384
9.4.3.	Verlust	386

9.5. Ausländerrecht	388
9.5.1. Grundlagen	388
9.5.2. Aufenthalt im Inland	389
10. Anhang	393
10.1. Rechtsquellen	395
10.2. Stichwortverzeichnis	407